

DEMOKRATIE

gegen Menschenfeindlichkeit

Zeitschrift für
Wissenschaft und Praxis

Zeitenwende

Mit Beiträgen von
Brigitte Bailer-Galanda, Reiner Becker, Wolfgang Bergem,
Irina Bohn, Christian Demuth, Patrick Franke, Sina Gögen,
Margarete Jäger, Barbara Menke, Andreas Vogl,
Regina Wamper



WOCHENSCHAU VERLAG

Verlag Wochenschau Verlag, Dr. Kurt Debus GmbH

Verleger Bernward Debus, Dr. Tessa Debus

Redaktion

Dr. Reiner Becker (reiner.becker@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Irina Bohn (irina.bohn@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Prof. Dr. Maria do Mar Castro Varela (mariadomar.castrovarela@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Tina Dürr (tina.duerr@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Prof. Dr. Benno Hafeneger (verantwort. für Buchbesprechungen, benno.hafeneger@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Prof. Dr. Beate Küpper (beate.kuepper@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Timo Reinfrank (timo.reinfrank@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de)

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Marwan Abou-Taam (LKA Mainz, Islamwissenschaft), Silke Baer (Cultures Interactives), Prof. Dr. Uschi Birsil (Uni Marburg), Prof. Dr. Dierk Borstel (FH Dortmund), Friedemann Bringt (Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus), Prof. Dr. Stephan Bundschuh (HS Koblenz), Jan Buschbom (Violence Prevention Network), Marina Chervinsky (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. – Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment), Prof. Dr. Wolfgang Frindte (Uni Jena, Kompetenzzentrum Rechtsextremismus), Prof. Dr. Hajo Funke (Otto-Suhr-Institut Berlin, em.), Dr. Pia Gerber (Freudenberg Stiftung), Stefan Glaser (jugendschutz.net), Grit Hanneforth (Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung), Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung), Dr. Türkan Kanbicak (Fritz Bauer Institut, Erziehungswissenschaft), Bianca Klose (Bundesverband Mobile Beratung e.V.), Reinhard Koch (BAG Einstieg zum Ausstieg), Robert Kusche (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt), Prof. Dr. Ilse Lenz (Uni Bochum, Soziologie/LSBTI/Gender Studies), Prof. Dr. Paul Mecheril (Uni Oldenburg), Prof. Dr. Kurt Möller (Hochschule Esslingen), Prof. Dr. Roland Roth (HS Magdeburg), Prof. Dr. Susanne Schröter (Uni Frankfurt/M., Islamwissenschaft), Eberhard Seidel (Schule ohne Rassismus), Prof. Dr. Fabian Virchow (FH Düsseldorf), Prof. Dr. Ulrich Wagner (Uni Marburg), Prof. Dr. Franz Walter (Uni Göttingen), Prof. Dr. Andreas Zick (Uni Bielefeld)

Redaktionsanschrift

Wochenschau Verlag, Redaktion Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts., redaktion@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de

Anzeigenleitung

Brigitte Bell, E-Mail: brigitte.bell@wochenschau-verlag.de, Tel. 06201/340279, Fax: 06201/182599

Bezugsbedingungen

Es erscheinen zwei Hefte pro Jahr. Preise: Einzelheft € 26,80; Jahresabopreis € 48,00; Referendare/Studierende erhalten die Zeitschrift mit einer Ermäßigung von 50%; alle Preise zzgl. Versandkosten; Kündigung acht Wochen (bis 31.10.) vor Jahresende. Bankverbindung für Überweisungen: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNNM

Titelbild: Hieronymus Bosch (ca 1450 – 1516), das Narrenschiff (Ausschnitt), Öl auf Holz

ISSN 2367-1939 Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-7344-0470-2

www.demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Wochenschau Verlag • Adolf-Damaschke-
Straße 10 • 65824 Schwalbach/Ts.

Tel: 06196/86065 • Fax: 06196/86060

info@wochenschau-verlag.de

www.wochenschau-verlag.de

INHALT

Editorial	5
-----------------	---

Schwerpunkt

Reiner Becker: Prekäre Mitte, Vorurteilspotentiale und der Siegeszug des Rechtspopulismus	11
--	----

Wolfgang Bergem: Grundlagen einer politischen Kulturanthropologie der Bürgerbeteiligung	25
--	----

Margarete Jäger, Regina Wamper: Zur Bedeutung von Sprache in polarisierten Zeiten. Der Fluchtdiskurs 2015	39
--	----

Brigitte Bailer-Galanda: Rechtspopulismus in Österreich – die rechtsextreme Kraft im Parlament	53
---	----

Neues gesellschaftliches Engagement – eine Antwort auf Rechtspopulismus. Ein Gespräch mit dem Bundesverband Mobile Beratung über Veränderungen und Ausblicke	67
--	----

Christian Demuth: Pegida und Sachsen: Was bleibt?	81
---	----

Barbara Menke: Politische Bildung in Zeiten von Pegida. Zum nachhaltigen Schutz der Grund- und Menschenrechte im Rahmen der parlamentarischen repräsentativen Demokratie	97
--	----

Forum

Irina Bohn: Lokales Klima der Bedrohung von engagierten Akteuren gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie	107
--	-----

Patrick Franke, Sina Gögen, Andreas Vogl: Islamistische Radikalisierung durch Online-Propaganda in Deutschland. Mittel und Strategien des IS	121
---	-----

Marktplatz

Gegen den Hass im Netz. Die Arbeit von jugendschutz.net und dem International Network Against Cyber Hate (INACH)	135
Neu gegründetes Institut in Thüringen: Öffentliche Sozialforschung gegen Menschenfeindlichkeit – das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena (IDZ)	137
Modellprojekt un_sichtbar – Lesben, Schwule und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern. Lebensrealitäten, Ausgrenzungserfahrungen und Widerständigkeiten	138
Zugang zu Bildung als Voraussetzung für Teilhabe und Integration	140
Makista – Bildung für Kinderrechte und Demokratie	141
Die Landesärztekammer Hessen und ihre Vergangenheit. Ergebnisse eines Forschungsprojektes	143
Zivilgesellschaftliche Jugendkulturarbeit zur Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – Die Arbeit von cultures interactive e. V.	146
Chronik des Hasses: Das Jahrbuch Rechte Gewalt 2017 von Andrea Röpke	147
Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen – eine repräsentative Studie im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	150
Projekt „Fachkräfteentwicklung“	151

Buchbesprechungen

Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne (von Reiner Becker)	153
Heike Kleffner, Anna Spangenberg (Hrsg.): Generation Hoyerswerda (von Gerolf Nittner)	154
Christina Brüning, Lars Deile, Martin Lücke (Hrsg.): Historisches Lernen als Rassismuskritik (von Benno Hafenecker)	156

Autorinnen und Autoren	158
------------------------------	-----

EDITORIAL

Fast zwei Jahre als harmlose „Spaziergänge“ getarnte Demonstrationen von Pegida in Dresden und ihren Ablegern andernorts mit zum Teil deutlich rechtsextremer Teilnehmerschaft, das Erstarren der rechtspopulistischen und immer weiter ins Rechtsextreme abgleitenden neuen Partei „Alternative für Deutschland“ mit zweistelligen Wahlerfolgen bei den Landtagswahlen des vergangenen Jahres, Beschimpfungen, Hasstiraden bis hin zur offenen Androhung von Gewalt in den sozialen Netzwerken, eine hohe Anzahl von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und ein deutlicher Anstieg der Hasskriminalität gegen Unterstützer_innen von Geflüchteten, aber auch gewalttätige Übergriffe gegen Journalist_innen und Polizeibeamt_innen – dies alles sind sichtbare Anzeichen der Verhärtung und Verrohung der öffentlichen Debatten und einer Veränderung der politischen Kultur in Deutschland. Politische Kultur kann nach der Politikwissenschaftlerin Bettina Westle als Bezeichnung für die Orientierung der Bürger_innen gegenüber der Politik verstanden werden. Und weiter: „Um das politische Überleben eines politischen Systems zu gewährleisten, muss zwischen politischer Struktur und politischer Kultur eine Kongruenz bestehen“ (Westle 2009, 14). Doch zunehmend scheinen sich viele Menschen vom bestehenden politischen System zu distanzieren bzw. den Regierenden mit ihrer Wahlentscheidung für die AfD auch ganz bewusst einen Denkkzettel verpassen zu wollen.

Gleichzeitig haben sich in den vergangenen zwei Jahren aber andere Teile der Zivilgesellschaft auf beeindruckende Weise für die als Geflüchtete Neuhinzukommenden engagiert und tun dies immer noch. Professionell wie ehrenamtlich investieren sie viel Zeit und Energie in die Flüchtlingsarbeit, viele gehen nach wie vor an und über die Grenzen der Belastbarkeit, um den Neuangekommenen das Ankommen zu erleichtern und sie dabei zu unterstützen, eine Perspektive für sich zu finden. Während die rechtspopulistischen mit den rechtsextremen Parteien neue Allianzen schmieden, demonstrierte eine große Anzahl von Menschen nicht nur gegen sie, sondern auch für den Erhalt dessen, was in Jahren mühselig und nicht selten auch gegen Widerstände an demokratischen Errungenschaften erarbeitet wurde. Die Gleichwertigkeit von sozialen Gruppen ist hierbei zentral. Be-

merkwürdig und vielleicht im Positiven auch überraschend, scheinen die terroristischen Anschläge des vergangenen Jahres wie auch jüngst in Berlin (bisher) nicht zu einer Verschärfung der öffentlichen Diskurse geführt zu haben – ein widersprüchliches Bild in Zeiten einer neuen Unübersichtlichkeit?

Doch die Bange – und bis vor kurzem für viele nahezu undenkbar – Frage drängt sich zunehmend ins Bewusstsein, wie stark eigentlich die Fundamente sind, auf denen unsere Demokratie ruht: Die Demonstrationen „gegen das System“, oft begleitet von Hass und Hetze gegen Minderheiten auf der einen Seite, die sich neu entwickelte und zu Beginn bisweilen euphorisch gefeierte Willkommenskultur, die Demonstrationen für ein vielfältiges, buntes, demokratisches Miteinander als Gegenbewegung zu Pegida und ihre Ableger auf der anderen Seite stehen für eine inzwischen erkennbare tiefe Spaltung der Gesellschaft – eine Zeitenwende?

Aktuelle Bevölkerungsumfragen, die als Seismograf für die Stimmungen im Land dienen, bestätigen diesen Eindruck der Spaltung, zeugen aber auch von Ambivalenzen, die quer zu dieser ersten Beobachtung liegen. Berichtet sei an dieser Stelle über einige zentrale Befunde der Mitte-Studie 2016, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung durchgeführt wurde und die einige Hinweise auf die durchaus nicht ganz so eindeutige Stimmungslage im Land gibt (Zick/Küpper/Krause 2016 mit einigen ergänzenden Auswertungen der Daten für dieses Editorial). Ein recht ähnliches Bild zeichnen im Übrigen auch die einige Monate früher durchgeführte Leipziger Mitte-Studie (Decker/Kiess/Brähler 2016) sowie die regelmäßig durchgeführten Meinungsumfragen von Infratest dimap für den ARD-Deutschlandtrend und der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer.

Eine der wichtigsten Botschaften der FES-Mitte-Studie ist die, dass eine überwältigende Mehrheit von 84 Prozent der Befragten der Ansicht ist, „die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut“. Ebenso viele Befragte (85 Prozent) sind eher voll und ganz der Meinung „Verschiedene kulturelle Gruppen bereichern unsere Gesellschaft“ und die übergroße Mehrheit von 95 Prozent positioniert sich gegen feste soziale Hierarchien, indem sie ihre Ablehnung zur Aussage „Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind, sollen auch unten bleiben“ deutlich macht. Dies alles sind Indizien der Zustimmung zur demokratischen Verfasstheit der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Auch die prinzipielle Bereitschaft, dieser Zustimmung auf einer Demonstration Ausdruck zu

verleihen ist hoch. So kann sich zwar eigentlich nur rund ein Drittel der Bevölkerung vorstellen, an einer genehmigten Demonstration teilzunehmen, doch wenn es bei dieser Demonstration darum geht, gegen Rassismus zu protestieren, steigt die Teilnahmebereitschaft auf 45 Prozent, während sich nur 7 Prozent der Befragten vorstellen können, gegen die Zuwanderung zu demonstrieren. Auch gegenüber Geflüchteten sind die Einstellungen auf den ersten Blick und gegen alle Unkenrufe recht positiv – 55,5 Prozent finden es eher oder voll und ganz „gut, dass Deutschland so viele Geflüchtete aufgenommen hat“, weitere 24 Prozent tun dies immerhin noch teils-teils. Doch auch wenn sich nur wenige Befragte (6 bzw. 7 Prozent) persönlich durch Geflüchtete in ihrer finanziellen Situation oder ihrer Lebensweise bedroht fühlen, so fürchtet doch rund ein Viertel, der Lebensstandard in Deutschland könne sinken (s. dazu ausführlicher Küpper/Rees/Zick 2016). In einer im Winter 2015/16 durchgeführten Befragung sprach sich zwar eine große Mehrheit für eine Willkommenskultur aus, doch zeichnete sich die Forderung nach einer Dominanz der Alteingesessenen über die Eingewanderten ab (Zick/Preuß 2016).

Gleichzeitig wird auch Kritik an demokratischen Prozessen und Vertreter_innen laut. Immerhin 58 Prozent der Befragten meinen „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht“ und sogar 63 Prozent vermuten „Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht“. Auch die Zustimmung zu einigen Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist nach wie vor hoch, auch wenn die Zustimmung im Vergleich zu den Vorjahren im Durchschnitt eher rückläufig ist: So neigt rund ein Fünftel der Bevölkerung zu Fremden- und Muslimfeindlichkeit, ein Viertel zur Abwertung von Sinti und Roma, fast die Hälfte hat negative Einstellungen gegenüber Asylsuchenden und 39 Prozent fordern Vorrechte für Etablierte. Hierin zeigt sich nicht nur eine Abwertung dieser spezifischen Minderheiten, sondern diese menschenfeindlichen Einstellungen sind – das zeigen die empirischen Ergebnisse immer wieder – miteinander verknüpft, gespeist aus einer Ideologie der Ungleichwertigkeit (Heitmeyer 2003; zur Darstellung in Verbindung mit bzw. Abgrenzung von verwandten Phänomene und Begrifflichkeiten auch Küpper 2016), die den demokratischen und menschenrechtlichen Grundwerten der Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen fundamental widersprechen. Die oben skizzierten Indikatoren eines Demokratiemisstrauens, die Zustimmung zu einem Law-and-Order-Autoritarismus und die

oben angesprochenen Elemente einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit lassen sich theoretisch wie empirisch gestützt zu einem Indikator für rechtspopulistische Einstellungen zusammenfassen – immerhin ein Fünftel der Bevölkerung neigt demnach deutlich zu rechtspopulistischen Einstellungen, 40 Prozent tendieren in diese Richtung und 28 Prozent vertreten ein Einstellungsmuster, das als neurechts beschrieben werden muss. Begleitet sind diese rechtspopulistischen und neurechten Einstellungen von kollektiver Wut, der Billigung und sogar der Bereitschaft zu Gewalt.

Das sich abzeichnende Bild belegt zum einen eine deutliche Spaltung der Gesellschaft, die sich derzeit exemplarisch am Thema Geflüchtete ablesen lässt, die aber weit darüber hinausgeht – der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke sieht im Thema Flüchtlinge denn auch eine Chiffre für eine viel grundsätzlichere Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Die Mehrheit positioniert sich deutlich und deutlicher noch als in den Jahren zuvor für eine moderne, offene, liberale, plurale und tolerante Gesellschaft. Doch eine nicht ganz kleine und zudem laute und aggressive Minderheit positioniert sich dagegen, will zurück zu einer geschlossenen, autoritären und intoleranten Gesellschaft, in der insbesondere eine Gruppe – und diese ist nach wie vor gekennzeichnet als weiß, männlich und heterosexuell – und ihre Vasallen – dazu zählen dann eben ggf. auch ihre weiblichen Pendanten – Privilegien beanspruchen und gegen Ansprüche anderer sozialer Gruppen verteidigen oder gar wieder einführen wollen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern diese Tendenzen der gesellschaftlichen Polarisierung und Spaltung als einen weiteren Höhepunkt ihren Ausdruck im anstehenden Bundestagswahlkampf finden. Der Sieg Donald Trumps und die Riege seines Kabinetts markiert die derzeit augenfällige und für viele Minderheiten bedrohlich wirkende Entwicklung in diese Richtung und seine Antrittsrede am 20. Januar 2017 wirkt in dieser Lesart wie ein Fanal für ein populistisches Roll Back: „Today’s ceremony, however, has very special meaning. Because today we are not merely transferring power from one administration to another, or from one party to another – but we are transferring power from Washington DC and giving it back to you, the people“.

In den Beiträgen des Schwerpunktes dieses Heftes werden sehr verschiedene Aspekte zum Thema „Politische Kultur“ näher beleuchtet. Reiner Becker diskutiert die Frage, inwiefern die Vorurteile einer „prekären Mitte“ zunehmend vom Rechtspopulismus gebunden werden. Wolfgang Bergem untersucht ausgehend von dem breiten ehrenamtlichen Engagement in

der Flüchtlingsarbeit die Grundlagen einer politischen Kulturanthropologie der Bürgerbeteiligung. Margarete Jäger und Regina Wamper fokussieren in ihrem Beitrag auf die Bedeutung von Sprache im Flucht- und Migrationsdiskurs. Als ein Beispiel für die Etablierung einer rechtspopulistischen Partei zeichnet Brigitte Bailer-Galanda die Geschichte der österreichischen FPÖ nach, als eine Partei, die einst den Liberalismus vertreten hat. Im Interview mit den Sprecher_innen des Bundesverbands Mobile Beratung wird u. a. die Frage diskutiert, wie sich der neue Rechtspopulismus auf die praktische Arbeit auswirkt. Christian Demuth untersucht die Folgen von Pegida für Sachsen und geht dabei u. a. auf die spezifische lokale politische Kultur ein. Barbara Menke diskutiert in ihrem Beitrag, welche Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten von Pegida bestehen.

Im Forum stellt Irina Bohn die Ergebnisse der Studie „Lokales Klima der Bedrohung von engagierten Akteuren gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie“ vor. Patrick Franke, Sina Gögen und Andreas Vogl untersuchen verschiedene Facetten von islamistischer Radikalisierung durch die Online-Propaganda in Deutschland.

Beate Küpper und Reiner Becker für das Herausgeber- und Redaktionsteam der Zeitschrift *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*

Literatur

- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar(Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen.
- Heitmeyer, Wilhelm (2003): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: ders., Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt/M./Berlin, S. 15-34.
- Küpper, Beate (2016): Ideologien der Ungleichwertigkeit und das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Schriften zur Demokratie, Bd. 42, Ideologien der Ungleichwertigkeit, S. 21-36.
- Westle, Bettina (2009): Das klassische Konzept der politischen Kultur. In: Westle, Bettina/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Kultur. Eine Einführung. Baden-Baden.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Hrsg. von Ralf Melzer für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Zick, Andreas/Preuß, Madlen (2016): Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung. Kurzbericht zum Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit. Hrsg. von der Stiftung Mercator.